



vogelsang institut

InstitutsMitteilungen 11/2024

Der Kampf um die Hainburger Au im Dezember 1984. Über Unverständnis und Gewalt hin zum modernen Umweltstandard.

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde des Karl von Vogelsang-Instituts!

Die Ereignisse im Dezember 1984 markierten den Beginn eines zivilgesellschaftlichen Emanzipationsprozesses, dessen Auswirkungen bis heute spürbar sind. In Verbindung mit der hochemotionalen Diskussion über Atomenergie in Österreich im Zusammenhang mit der geplanten Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf im Jahre 1978, stellte der „Kampf um die Hainburger Au“ im Winter 1984 die Geburtsstunde der österreichischen Öko-Bewegung und den Beginn eines ökologischen Bewusstseins dar.

Die politischen Folgen dieser Ereignisse vor 40 Jahren waren erheblich. Die SPÖ-FPÖ Bundesregierung unter Fred Sinowatz und Norbert Steger ging geschwächt aus dieser Auseinandersetzung hervor. Bemerkenswert war der damalige Einfluss des Österreichischen Gewerkschaftsbundes unter der Führung von Anton Benya, der mit aggressiven Äußerungen und unverhohlener Gewaltandrohung zusätzlich die Stimmung zwischen Kraftwerk-Gegnern und Kraftwerk-Befürwortern anheizte. Die Eskalation kurz vor Weihnachten 1984 zwischen Exekutive und Kraftwerks-Gegnern war aufgrund dieses innenpolitischen Klimas entstanden.



Wiener Zeitung

Mittwoch, 12. Dezember 1984 Nummer 287 • Telefon (0 22 2) 78 76 31

Gründungsjahr 1703
Preis 6 S

Heute zwei Buchsonderseiten
Um das gewaltige vorweihnachtliche Bücherangebot einigermassen zu bewältigen, veröffentlicht die „Wiener Zeitung“ in ihrer heutigen Ausgabe zwei Buchsonderseiten (Seiten 8 und 9).
Wir hoffen, durch dieses Angebot unseren Lesern bei der Auswahl einschlägiger Weihnachtsgeschenke hilfreiche Tipps geben zu können.



Ein Gendarm wurde bei den gestrigen Hainburg-Demonstrationen verletzt

Sinowatz gegen Eskalation der Konfrontationen um Hainburg

Ein Gendarm verletzt — Belagerung hält an — Besetzung der Au ungesetzlich — Heute Gespräch zwischen Kanzler und Proponenten des Volksbegehrens — Kontrolle der Au

Die Besetzung der Stopfenreuther Au durch Kraftwerk-Hainburg-Gegner und damit verbundenen Gendarmereinsatz lösten gestern zahlreiche Reaktionen aus. Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz sprach sich nach der Ministerratssitzung gegen eine Eskalation des Konflikts um das Donaukraftwerk und für eine „österreichische Lösung“ aus, sofern dies irgendwie möglich sei. Er kündigte für heute ein Gespräch mit den Vertretern des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens an, ließ aber keinen Zweifel daran, daß das Kraftwerk gebaut werde und die Besetzung der Baustelle ungesetzlich sei. Innenminister Blecha verwies darauf, daß die Exekutive, die keineswegs mit Erschlagewalt vorgegangen sei, dafür sorgen müsse, daß „Recht Recht bleibt“, ÖVP-Olmann Dr. Miesck plädierte für einen „Waffenstillstand“ und die friedliche Ablklärung der Standpunkte.

Der Bundeskanzler betonte, daß das gestrige und vorgestrigere Demonstrationen mit Besetzung und Belagerung der Baustelle sei keineswegs friedlich, daß nach dem Abschluß des behördlichen Bewilligungsverfahrens der Errichtung nichts im Weg stehe. Die

ren Verschärfung kommt.“ Aber letzten Endes werde das Kraftwerk gebaut und die Regierung werde sich darum bemühen, in Gesprächen dafür Verständnis zu finden, sagte Sinowatz. Kein Verständnis habe man für die Vorgangsweise der Demonstranten. Man werde mit den Vertretern des Volksbegehrens sprechen und der Innenminister werde dem Parlament einen Bericht vorlegen.

Zu Fragen, ob man die Rodungen nicht aufschieben und die Behandlung des Volksbegehrens abwarten könnte, erklärte der Kanzler, wenn es nicht möglich sei, einen auf korrektem Weg zustandekommenden Plan durchzuführen, könne man gar nichts mehr bauen und „Österreich zusperrn“. Man habe die Errichtung an mehr als 300 Bedingungen und Auflagen geknüpft und eine davon besagt, daß die Rodungen nur im Dezember und Jänner durchgeführt werden dürfen, also wenn die Vegetation ruht. Es würde eine begleitende Kontrolle für die Einhaltung der Auflagen geben. Das Volksbegehren könnte längst abgehandelt sein. Die 10.000 Unterschriften für die Einleitung waren jedoch nicht eingereicht.

Innenminister Karl Blecha sagte im Pressedoyce nach dem Ministerrat, angesichts eines absehbaren

AMTLICHER TEIL Inflationen abgeltung bei Stipendien

Bundespräsident gratuliert
Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger hat dem Schauspieler und Regisseur Prof. Fritz Müller zur Vollendung des 65. Lebensjahres telegrafisch seine aufrichtigen Glückwünsche übermittelt.
*
Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger hat Bundesrat Kurt Furgler zu dessen Wahl zum Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft gratuliert.

Wissenschaftsminister Fischer kündigte Novelle bei Budgetdebatte im Nationalrat an
Der Nationalrat setzte gestern die Budgetdebatte mit den beiden Kapiteln Wissenschaft und Unterricht sowie anschließend Äußeres fort. Für den Wissenschaftsbereich sind Ausgaben von 12,8 Milliarden S (1984: 11,7) und Einnahmen von 471,2 Millionen S (1984: 427,2) vorgesehen. Dem Unterrichtsressort stehen 28,6 Milliarden S (1984: 28,6) für Ausgaben zur Verfügung. Die Ein-

setzung könnte sowohl die finanzielle Lage der Hochschulen verbessert werden, ebenso würden sich aber auch zusätzliche Impulse für die Forschung ergeben. Diese dürfe nicht stagnieren. Die Regierung mittle die Forschung auch im Rahmen der Privatwirtschaft fördern.
Abg. Dr. Nowotny (SP) verwies auf die deutliche Auswertung des Wissenschaftsbereichs.

Währenddessen gab es in der ÖVP Stimmen, die ihre Unterstützung für die (Energie-)Wirtschaft und somit dem Bau des Kraftwerkes Hainburg ausdrückten, als auch immer mehr Sympathisanten für ein neues, modernes Umweltbewusstsein. Der Meinungsbildungsprozess, der durch die Diskussionen um Hainburg ausgelöst worden war, fand mit dem „Weihnachtsfrieden 1984“ nur ein vorläufiges Ende. Sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch innerhalb der politischen Parteien waren durch die Ereignisse in den Donauauen starke Dynamiken entstanden, die sich in Bürgerinitiativen, Programmdiskussionen und nicht zuletzt in Neugründungen von Parteien manifestierten.

Sinowatz: Aufschub bis Sonntag für Rodung und Räumung der Au

Regierungsgespräche mit Kontaktkomitee des Volksbegehrens werden heute fortgesetzt

Bis zum Sonntag sind Rodungsarbeiten und die Räumung der Au bei Stopfenreuth aufgeschoben. Die Regierung behält sich vor, am Montag mit den Bauarbeiten zu beginnen. Das ist das Ergebnis zweier Gesprächsrunden zwischen Vertretern der Bundesregierung und des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, dem heute eine weitere Aussprache folgen soll. An den Grundsatzpositionen haben die Aussprachen, die der Deeskalation dienen sollen, nichts geändert. Die Grünen fordern nach wie vor einen Aufschub des Baubeginns bis nach der Behandlung des Volksbegehrens, während sich die Regierung und alle drei Parlamentsparteien für den Bau aussprachen.

In der Au selbst, wo gestern rund 1500 Demonstranten lagerten und 60 bis 70 Gendarmen den Dienst versahen, kam es wiederholt zu Verstößen gegen das Stillhalteabkommen. Immer wieder wurde versucht, die Exekutivbeamten zum Einschreiten zu provozieren.

Der Aufschub der Rodung und Räumung war bereits bei der ersten rund siebenstündigen Aussprache zwischen Bundeskanzler Dr. Sinowatz, mehreren Regierungsmitgliedern und einem Personenkomitee des Volksbegehrens, dem u. a. DDR. Günther Nenning, Univ.-Doz. Bernd Löttsch und Freda Meissner-Blau angehörten, vereinbart worden. In einer gemeinsamen Erklärung wurde festgehalten, daß sich beide Teile um eine friedliche Beilegung der Situation in der Au bemühen werden. Die Volksbegehrensvertreter



Sinowatz und Kraftwerksgegner Nenning am Verhandlungstisch

fügten hinzu, von sich aus keinen weiteren Zug in die Au weder zu fördern noch zu veranlassen. Während dieses Gesprächs, wie Bundeskanzler Sinowatz anschließend betonte, in einer guten Atmosphäre verlief, war das Gesprächsklima gestern bei der zweiten dreistündigen Runde durch Gerüchte von außen gestört. Die Aubesetzer hatten behauptet, die Nahrungsmittelzufuhr würde behindert und man wolle sie aushungern.

Innenminister Blecha in einer Gesprächspause: „Behauptungen von Aushungerung sind Unsinn.“ Er selbst habe den Einsatzleiter der Exekutive angewiesen, die Essenszufuhr zu ermöglichen. In einem Fall wollte jemand die Essensausgabe auf einer Kreuzung durchführen und sei daraufhin von einem Gendarmen außerhalb des Kreuzungsbereiches verwiesen worden.

Fortsetzung auf Seite 2

Dr. Matthias Kaltenegger, der Autor dieses Beitrages, kennt als langjähriger Wissenschaftler am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien, die Folgen dieser politischen Entwicklung und die mehrschichtigen Konsequenzen der damaligen Konfrontation sehr genau. Matthias Kalteneggers wissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte liegen in der Analyse politischer Eliten und politischer Parteien in Österreich und darüber hinaus. Gerade zu innerparteilichen und programmatischen Entwicklungen bietet „Hainburg 1984“ zahlreiche Anknüpfungspunkte und Erkenntnisse.

Folglich ist es zulässig und legitim in der „Hainburger Au“ eine wichtige Etappe hin zum modernen Österreich der Gegenwart zu sehen. Wir dürfen sie einladen, mit der Analyse der damaligen Ereignisse ein Stück österreichischer Zeitgeschichte und neugewonnene Aspekte nachzulesen.

Hainburg und die Transformation des politischen Wettbewerbs in Österreich

Matthias Kaltenegger
Institut für Staatswissenschaft, Universität Wien

Die Besetzung der Hainburger Au markiert eine wichtige Zäsur in der Entwicklung des politischen Wettbewerbs in Österreich. Unter anderem gaben die Ereignisse des Jahres 1984 den finalen Impuls zur Einigung der zuvor zersplitterten österreichischen Grünen Bewegung und trugen damit nachhaltig zur Veränderung des Parteiensystems und der politischen Themenlandschaft bei. Anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums der Proteste in der Hainburger Au soll in diesem Beitrag ein kompakter Überblick über die weitreichenden Folgen der Konsolidierung der Umweltbewegung nach Hainburg gegeben werden.

[>> hier weiterlesen](#)

Die letzten „InstitutsMitteilungen“ des Jahres 2024 verbinden wir mit dem aufrichtigen Dank für ihr Interesse an unserer Arbeit, an den Veranstaltungen des Instituts und unseren mannigfachen Publikationen. Zahlreiche positive Rückmeldungen und neue Mitgliedschaften bestärken uns in unserer Arbeit.

So dürfen wir ihnen frohe Weihnachten und einen guten Jahreswechsel ins Jahr 2025 wünschen!

Das Team des Karl von Vogelsang-Instituts

[Abmelden](#) [Impressum](#) [Datenschutz](#)

Karl v. Vogelsang-Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

Telefon: +43 1 813 42 11-86

[E-Mail: kvvi@kvvi.at](mailto:kvvi@kvvi.at)